



HESSISCHER LANDTAG

14. 12. 2011

*Dem
Sozialpolitischen Ausschuss und dem
Rechts- und Integrationsausschuss
überwiesen*

Berichtsanttrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Lehren aus der sogenannten "Schweinegrippe"

Im Frühjahr 2009 wurde von der WHO ein Pandemiealarm der Stufe 6 ausgerufen. Damit verbunden waren auch in Deutschland Abnahmeverträge der Bundesländer mit der Pharmaindustrie für "Pandemie-Impfstoffe" und antivirale Medikamente. Die Ausgaben für Impfstoffe und Medikamente haben die Länderhaushalte sehr belastet.

Ein Großteil der Impfdosen ist nicht abgerufen worden, da weitaus weniger Menschen als vermutet die Impfung in Anspruch genommen haben. Darüber hinaus nahm die sogenannte Schweinegrippe nicht den in der Presse vermuteten Verlauf, sie verlief sogar harmloser als Grippewellen früherer Jahre.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozialpolitischen Ausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Impfdosen und antivirale Medikamente hat das Land Hessen eingekauft, wie viele davon wurden benutzt?
2. Wie hoch ist der finanzielle Schaden, der dem Land durch die ungenutzten Impfdosen bzw. antiviralen Medikamente entstanden ist?
3. Mit welchen Nebenwirkungen ist lt. Herstellerangaben beim damals benutzten Impfstoff zu rechnen und welche Nebenwirkungen sind in welcher Häufigkeit tatsächlich aufgetreten?
4. Beurteilt die Landesregierung den von der WHO im Frühjahr 2009 ausgerufenen Pandemiealarm aus heutiger Sicht als Fehlalarm?
5. Wenn Frage 4 bejaht wird, welche Konsequenzen - insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsstrukturen - sind nach Ansicht der Landesregierung daraus zu ziehen?
6. Wenn Frage 4 verneint wird, warum nicht?
7. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Pharmaindustrie die Ausrufung des Pandemiealarms massiv beeinflusst hat und überhöhte Preise durchgesetzt hat?
8. Welche Verbindungen mit potenziellen Interessenkonflikten gibt es zwischen welchen Mitgliedern der Ständigen Impfkommission (STIKO) und relevanten Impfstoffherstellern?
9. Wie beurteilt die Landesregierung das Risiko der möglichen Nebenwirkungen im Verhältnis zu dem doch recht milden Verlauf der sogenannten "Schweinegrippe"?

10. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass es nicht zur Einsetzung eines Gremiums gekommen ist, welches die Lehren aus dem Umgang mit der Schweinegrippe zieht, wie dies in vielen anderen Ländern (u.a. Großbritannien, Frankreich, Schweden, Finnland) erfolgte?
11. Trifft es zu, dass es bei gleichem Impfstoff (Pandemrix) erhebliche, medizinisch nicht erklärbare internationale Unterschiede in der Häufigkeit des Auftretens von unerwünschten Arzneimittelnebenwirkungen (UAW) gab, und wenn ja, welche Rückschlüsse auf die Aussagefähigkeit des deutschen UAW-Registers zieht die Landesregierung und welche Konsequenzen folgen nach Auffassung der Landesregierung daraus?

Wiesbaden, 14 . Dezember 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Dr. Spies
Decker
Merz
Müller (Schwalmstadt)
Roth